ROTE KOMMENTARE

BETRIEBSPROJEKTGRUPPE
HEIDELBERG

5.9.69

RECHTSRADIKALE TENDENZEN DER HERRSCHENDEN PARTEIEN

Die Propaganda der CDU/CSU

"Nach Ansicht Bundeskanzler Kiesingers muß die Bundeswehr wieder zur "Schule der Nation" werden. Vor der Hauptversammlung des Bundeswehrverbandes sagte Kiesinger am Mittwoch in Bad Godesberg, die Vorgesetzten sollten die Probleme ohne viel Worte durch ihr Vorbild lösen und dazu beitragen, daß die 'Bundeswehr eine große Schule der Nation für unsere jungen Leute wird'." (Frankfurter Rundschau, 19.6.69)

Lässig wehrte Kiesinger die aufgeschreckten Gemüter der liberalen Öffentlichkeit ab, mit der Begründung, diese "in der Öffentlichkeit beanstandete Bemerkung sei von völlig nebensächlicher Bedeutung". (FR, 20.6.69)

Das ist sie mit Sicherheit nicht.

Präzise und unmißverständlich hat Kiesinger mit diesem Bekenntnis zur Militarisierung der Gesellschaft seine "Richtlinien der Politik" bestimmt. Ohne viel Worte hat Kiesinger auch angegeben, was "Sicherheit und Ordnung" heißt: Die CDU bietet zur Zeit Kiesinger mit dem Wahlschlager "Wer soll uns in die 70er Jahre führen?" - "Bundeskanzler Kiesinger wird unser Volk sicher in die 70 er Jahre führen" ganzseitig in den Tageszeitungen als Führer an. Wenn die CDU/CSU den Führer preist, so erkennen wir ihn in dem Verlangen "Vorbild ohne viel Worte" zu sein, nach dem Motto "der Bürger hat mich gewählt, jetzt soll er Maul halten". Wenn Kiesinger jetzt auch nur seine Lebenserinnerungen zwischen 1949 und 1969 geschrieben hat, so macht er das wett, wenn seine politischen Wünsche sich an der Vergangenheit orientieren. Kiesinger sagte, die Bundeswehr müsse wieder Schule der Nation werden. Eindeutig bezieht er sich dabei auf den deutschen Faschismus. In den Jahren zwischen 1933 und 1945 waren Polizei und Armee in der Tat die Schule der Nation. (Der Kanzler übernimmt "im Verteidigungsfalle" die Befehls- und Kommandogewalt über die Bundeswehr. Wann ein "Verteidigungsfall" eingetreten ist, darüber befindet auch der Bundeskanzler.)

So hat es die CDU/CSU jetzt im Wahlkampf auch so schwer, sich eindeutig über die NPD zu äußern. Sie kann es auch gar nicht. "Selbstverständlich ist die NPD keine neonazistische Partei" meinte Kiesinger am 31. Juni in Ludwigshafen. Diese Meinung haben auch andere führende CDU-Politiker vertreten, angefangen bei dem Bundestagspräsidenten Kai Uwe von Hassel. Andererseits schränken die CDU-Politiker diese These immer wieder ein, indem sie meinen lediglich einige Führer der NPD seien alte Nationalsozialisten. Die CDU befindet sich in Beziehung zur NPD in einem offensichtlichen Dilemma. Wollte sie die NPD als Nachfolgeorganisation der NSDAP bekämpfen, so würde die CDU in Nöte geraten, ihre eigene Politik als demokratische Politik zu verkaufen. Die Parteiprogramme der CDU und NPD sind bis auf verschiedene Formulierungen nicht zu unterscheiden. Was die CDU z.B. von der Demokratisierung der Gesellschaft hält, darüber können am besten 2 einschlägige Zitate Auskunft geben. "Geradezu irreparabel ist nach Ansicht des Bayernkurier der Schaden, den das demokratische System der Bundesrepublik in Heidelberg und Hannover erlitten haben, wo die Streikparolen der antidemokratischen Guerillas von einem nicht unerheblichen Teil der Bevölkerung befolgt worden seien. Dort seien direkte Aktionen mit Massenbasis praktiziert worden, während das Staatswesen der Bundesrepublik von Tatbestand der indirekten Demokratie ausgehe, in der nicht das Volk selbst, sondern seine Repräsentanten die politischen Entscheidungen treffen: 'Wenn die Straße und ihr naiver Anhang schon die Straßenbahntarife bestimmen, wer regiert eigentlich in Deutschland?' " (FR, 27.6.69) Sobald Druck auf die Herrschenden von unten ausgeübt wird, werden die Wähler zum Pöbel auf der Straße erklärt. Dient die Bevölkerung dem Kanzler jedoch ohne viel Worte, so erlaubt er ihnen aktive Teilnahme am gesellschaftlichen Geschehen. "Vor den studentischen Anarchisten hatte Kiesinger beim Deutschen Handwerkstag in Nürnberg gewarnt ... der Kanzler hatte die etwa 2000 Handwerker aufgefordert die Auseinandersetzung mit den Radikalen nicht dem Staat allein zu überlassen, sondern sich selbst zum Hüter der freiheitlichen rechtsstaatlichen Demokratie zu machen" (FR, 7.7.69). Franz Josef Strauss gab zu diesem Problem schon 1967 eine Erklärung ab: "Es ist schlechterdings in einer parlamentarischen Demokratie und im Hinblick auf die Vorgeschichte einiger Jahre nicht möglich, brutale Eingriffe über Nacht vorzunehmen" (Spiegel 1/2 1967).

RECHTSRADIKALISMUS und Politik der SPD

DER RECHTSRADIKALEN PROPAGANDA LIEGT EINE REALE POLITIK ZUGRUNDE, DIE NICHT OHNE DIE SPD MÖGLICH WAR.

Die Aufbauarbeit der Bundesrepublik nach 1945 geschah von vornherein unter kapitalistischen Vorzeichen.
Maßbegend waren die gleichen gesellschaftlichen Kräfte wie in den 30er Jahren. Die Konzentration des Kapitals und seine Organisation in Zusammenarbeit der Konzernspitzen, Banken und der staatlichen Bürokratie nahm ständig zu. Der Wohlstandsstaat setzte in dieser Beziehung wenn auch mit anderen Mitteln, die Entwicklung der spätkapitalistischen Gesellschaft durchaus fort, der das Dritte Reich mit gewaltsamen Mitteln Bahn gebrochen hatte.
Die restaurative Politik der BRD findet ihren klarsten Ausdruck in der Regierung der Großen Koalition zwischen CDU und SPD.
Überall preisen die Vertreter der herrschenden Parteien die Verabschiedung der Notstandsgesetze als hervorragendes Ergebnis der "Großen Koalition".

Wem nützen die NOTSTANDSGESETZE

Der Bund Deutscher Industrie (BDI), der Interessenverband des verschwindend kleinen Teils der besitzenden Bevölkerung war äußerst zufrieden: Die Regierenden haben sorgfältig ihre Wünsche erfüllt und ihre Interessen gesetzlich gegen eine etwaige Störung der Besitzverhältnisse gesichert.
Der BDI war eindeutig nicht nur der Nutznießer der NS-Gesetze, sondern was dem entspricht, der treibende Motor der Gesetzesvorlagen. Einige Zitate aus verschiedenen Jahresberichten des BDI bestätigen, was Politiker gegenüber den Lohnabhängigen als bloße Behauptung oder infame Lügen der Linken abtun wollen. Im Jahresbericht des BDI von 1958/59 heißt es: "Die verantwortlichen Bundesressorts befassen sich z.Z. mit den Vorarbeiten des 2. Luftschutzgesetz ... die verantwortlichen Persönlichkeiten bringen diesem Wunsche des BDI Verständnis entgegen und haben frühzeitige Beteiligung der Gremien des BDI immer wieder zugesichert." Dem BDI wurde also frühzeitig garantiert, bei der Gesetzgebung ein nicht unbedeutendes Wörtchen mitzureden. Im Jahresbericht von 1962 heißt es dann z.B.: "Die Beschlußorgane des BDI halten mit den Ministerien enge Verbindung und haben von diesen die Zusicherung erhalten, sie rechtzeitig und ausreichend bei der Behandlung dieser Gesetzesentwürfe einzuschalten." Zwischen Verteidigungsministerium und BDI bestehen zudem besonders gute Kontakte. "Der BDI hat in den Arbeitsgruppen des verteidigungs-wirtschaftlichen Ausschusses Organe geschaffen, die nach seiner Ansicht bestens für eine objektive fachliche Beratung der Behörden geeignet ist. Die Mehrheit dieser 100 Arbeitsgruppen ist je nach Gegebenheit mehr oder weniger stark eingeschaltet worden und hat fruchtbare Arbeit geleistet." Zu einem Zeitpunkt, als die betroffenen gesellschaftlichen Gruppen nicht auch nur die blasseste Ahnung von der Notstandsplanung hatten, war die Verabschiedung der Notstandsgesetzgebung ausgemachte Sache zwischen Staatsbürokratie und BDI.

Die Inhalte der NS-Gesetze kurz ins Gedächtnis rufen:

Im Juni 1965 wurden die sogenannten einfachen Notstandsgesetze verabschiedet. 70 % der Paragraphen waren verfassungswidrig. Z.B. Zivildienstgesetz und Streik: Die Regierung kann damit jederzeit über die gesamte Arbeiter- und Angestelltenschaft (männlich und weiblich) und deren Einsatz für militärische, halbmilitärische, rüstungs- und kriegswirtschaftliche Zwecke verfügen.

Von Adenauer bis Kiesinger

sicher durch die Wirren der Zeit

Die Bundesregierung war sich der Verfassungswidrigkeit der verabschiedeten einfachen Notstandsgesetze sehr wohl bewußt. Wollte sie nicht zum Verfassungsbruch schreiten, so war die Änderung des Grundgesetzes nötig. Das ist mit der Verabschiedung der Notstandsgesetze im Mai 1968 geschehen. Alle Ermächtigungen schließen die Möglichkeit der teilweisen oder totalen Ausschaltung der Opposition ein. Der Streik ist kriminalisiert.

Die SPD in der Grossen Koalition

Die SPD wurde als Regierungspartner gebraucht, um die Notstandsgesetze zu verabschieden. D.h.: Das Zustandekommen einer gesetzlich geschützen "kapitalistischen Grundordnung" hing letzlich von der SPD ab. Daß diese Feststellung keine Spekulation ist, wird klar, wenn wir folgendes bedenken:
Eine Verfassungsänderung ist nur mit 2/3 Mehrheit möglich. Für die Notstandsgesetzgebung war demnach die Mehrheit der SPD-Abgeordneten nötig, und das heißt: die Mehrheit der gewerkschaftlich organisierten Abgeordneten hätte gereicht, die Notstandsverfassung zu verhindern.

Die Zustimmung der SPD war kein unbedachter Ausrutscher, sie ist vielmehr die notwendige Folge ihrer Politik seit 1914. Die Tolerierungspolitik gegenüber den Brüningschen Notverordnungen 1930/31 und die entscheidende Mitwirkung an der Notstandsverfassung haben die gleichen Ursachen und ziehen die gleichen Konsequenzen nach sich:
Die Art der Krisenüberwindung, indem die SPD sich am kapitalistischen Staat beteiligte, und d.h., den Staat in seinem Sinne aus der Krise zu führen, förderte einen immer deutlicher werdenden Rechtsrutsch der Parteien.

Grosse Koalition u. Kapital

Die Krise der CDU 1965, der 1966 die Große Koalition folgte, war keine Krise einer heruntergekommenen Regierungspartei, sondern eine Krise des kapitalistischen Wirtschaftssystems. Wenn auch der damalige Wirtschaftsminister Schmücker 1966 unverfroren behauptete, die Preisstabilität sei in greifbare Nähe gerückt, so konnte seine Partei mit dieser Parole die Rezession 1966/67, die einschneidendste Krise, die die BRD bisher erlebt hat nicht vom Tisch lügen.
Die Politik der CDU war nur zu retten, wenn die SPD die Hand dazu reichte. Im Gegensatz zu der kurzsichtigen konservativen Politik der CDU, bei der der Verdacht nahelag, sie glaube krampfhaft an ihre eigenen Lügen, in der BRD gäbe es nach 1945 keine Krisen mehr, hatte die SPD ein längerfristig geplantes Krisenbekämpfungsmittel in der Hinterhand. Wie dieses Krisenbekämpfungsmittel aussah, konnten die Arbeiter am eigenen Leibe erfahren: Lohnstopp für die Lohnabhängigen, Begünstigung der Unternehmergewinne. Dazu brauchte die SPD die Zustimmung der Gewerkschaften. Die Schillersche Politik der "konzertierten Aktion" bedeutet damit die Fesselung der Gewerkschaften an die Regeln des kapitalistischen Wirtschaftssystems: Die Gewerkschaften wurden also noch mehr in den kapitalistischen Staat integriert, sie wurden offensichtlich zum Partner des Kapitals.
Wenn Helmut Schmidt z.B. sagt, die BRD müsse "Fähigkeit zum Krisenmanagement" entwickeln, so heißt das auf Dauer die Unterordnung des zivilen Lebens unter militärische Belange schon in Friedenszeiten.

Die Krise von 1966/67, der nach den Wahlen mit Sicherheit noch in diesem Jahr eine weitere große Krise folgen wird, hat die Herrschenden gewarnt. Wenn sie von klassenloser Gesellschaft sprechen, so erfährt der größte Teil der lohnabhängigen Massen das Gegenteil Tag für Tag am eigenen Leibe, auch wenn es ihnen vom Lebensstandard her zur Zeit nicht ganz dreckig geht. Die Herrschenden wissen auch, daß zum kapitalistischen Gesellschaftssystem unweigerlich die Krise gehört. Sie leben aber davon, solange sie das erfolgreich durch Bewußtseinsmanipulation aktiv verschweigen. Solange die Lohnabhängigen sich nicht dagegen erheben, können Krisen ohne militärische Gewalt ausgetragen werden.
Die Angst vor dem Ausbruch der verleugneten Konflikte steckt den Kapitalisten jedoch tief in den Knochen: deswegen hatten es die herrschenden Parteien und die Industrie nach der Erfahrung der Krise 1966/67, in der die Arbeiter sich noch ruhig verhielten, so eilig, die Notstandsgesetze zu verabschieden.
Der "konzertierten Aktion" folgte mit zwingender Notwendigkeit der einheitliche Kampf aller Parteien, Verbände und Gewerkschaften gegen außerparlamentarische Opposition und überhaupt gegen jeglichen Widerstand.

Die SPD, die jetzt im Wahlkampf als eine "Partei des Ostens" bezeichnet wird, muß sich als kapitalistisches Staatsorgan gegen eine solche Behauptung wehren, indem sie kräftig in den Chor "rot ist gleich braun" mit einstimmt, wohl wissend, daß sie als Mitinitiator der Notstandsverfassung, kraft derer es gesetzlich erlaubt ist, streikende Arbeiter niederzuschießen, ziemlich braun geworden ist.
Über die FDP können wir in diesem Zusammenhang nichts anderes sagen als daß sie ihre Opposition nach dem herrschenden Winde hängt und daß sie auf ihrem Parteitag im März 1969 allen Ernstes meinte, dem Kanzler fehle es an Führungswillen.

Indem die CDU, SPD und FDP ihren Wahlkampf damit führen, daß sie zur Wahl gegen den Linksradikalismus und Rechtsradikalismus aufrufen, wollen sie damit verschweigen, daß die NPD längst ihr politischer Partner geworden ist. Sie wollen zeigen können, daß rechts neben ihrer Politik eine Partei steht, durch deren Existenz sie sich als Parteien der Mitte ausgeben können.
Die Linken müssen in ihren Augen bekämpft werden, weil diese in Form der Studentenbewegung aktiv Widerstand leisten gegen den Komplott der Herrschenden, und weil es der Studentenbewegung gelingen könnte, die Rekonstruktion der Arbeiterbewegung zu beleben, der allein es möglich ist, die gesellschaftlichen Verhältnisse zu verändern.
Den NS-Gesetzen folgten bis jetzt der Polizeiterror gegen Demonstranten, Klassenjustiz und die von der SPD vorbereiteten Vorbeugehaftpläne, die sich in nichts von der Schutzhaft des Dritten Reichs unterscheiden.

Wenn die CDU Wählerstimmen damit fangen will, indem sie auf große Plakate malt, keine Währung sei so sicher wie die DM, und das dank der Politik von Franz Josef Strauss, dann sind das die gleichen Lügen wie sie Schmücker in der Krise 66/67 über die Preisstabilität verbreitete (s.o.). Die SPD wird auch nach der nächsten Wahl Regierungspartei bleiben, d.h. nach unseren Erfahrungen : Wirtschaftspolitik offen gegen die Interessen der Arbeitenden betreiben.

Wer die NPD wählt, der muß wissen, daß das keine Protestwahl sein kann, da diese Partei den Weg geht, der die Unterdrückung der arbeitenden Klassen auf immer garantieren soll.

EIN ERFOLGREICHER STREIK

20000 Arbeiter streikten in Dortmund

Arbeiter setzen Lohnerhöhung von 30 Pfennig pro Stunde durch

DORTMUND, 3. September (dpa). Nach eineinhalbtägigem wildem Streik wird in den Dortmunder Hüttenwerken des Hoesch-Konzerns seit Mittwochnachmittag wieder gearbeitet. In zweistündiger Verhandlung einigten sich Unternehmensleitung und Betriebsräte der Hüttenwerke am Mittwoch auf eine Lohnerhöhung um 30 Pfennig je Stunde vom 1. September an, wie sie die Arbeiter verlangt hatten. Die Lohnerhöhung wird bei den kommenden Tarifverhandlungen nicht angerechnet. Die durch den wilden Streiktag ausgefallenen Arbeitsstunden werden vergütet. An dem Streik hatten sich zuletzt etwa 20 000 von rund 23 000 Arbeitern der drei Hoesch-Hüttenwerke beteiligt. Am Dienstagmorgen legten die Stahlwerker der Westfalenhütte die Arbeit nieder, mittags folgten die Arbeiter bei Union und am Mittwoch ruhte auch die Produktion bei Phoenix. Angestellte erklärten sich mit den Forderungen der Arbeiter solidarisch.

Ursprünglich hatten die Arbeiter 20 Pfennig mehr Stundenlohn gefordert. Kurz bevor die Konzernleitung in ihrem Gespräch mit dem Betriebsrat jedoch auf diese Forderung einging, hatten es sich die Arbeiter nach Angaben der IG Metall anders überlegt, und wollten jetzt 30 Pfennig. So blieb die erste Einigung mit dem Betriebsrat ohne Wirkung. Im Gegenteil, der Streik weitete sich aus. Vor der Hauptverwaltung des Unternehmens riefen die Arbeiter am Mittwoch in Sprechchören immer wieder „30 Pfennig, 30 Pfennig". Sie kritisierten, daß sich der Vorstandsvorsitzende Dr. Fritz Harders nicht den Streikenden stellte. Während die meisten Arbeiter sehr erregt über ihre Lohnforderungen diskutierten, nutzten Hunderte von ihnen aber auch die Gelegenheit zu einem „feuchtfröhlichen Stammtisch" an umliegenden Kiosken.

„Die Ursache für die Arbeitsniederlegung ist in einem gewissen Zurückbleiben der Löhne wegen der durch den mit der Dortmund Hoerder-Hüttenunion notwendig gewordenen, aber aus arbeitstechnischen Gründen noch nicht abgeschlossenen Lohnharmonisierung zu sehen", hat die Pressestelle der Hoesch AG mitgeteilt. Eine ähnliche Ansicht vertrat auch die Industriegewerkschaft Metall. Sie wies jedoch gleichzeitig darauf hin, daß die Arbeiter aller Stahlunternehmen auf umgehende Verhandlungen über einen neuen Tarifvertrag drängten. Zahlreiche Sympathietelegramme seien bei den Hoesch-Betriebsräten eingegangen.

Die streikenden Hüttenwerker hatten am Mittwoch bei ihrem Marsch zur Hoesch-Hauptverwaltung zeitweilig an einigen Knotenpunkten der Dortmunder Innenstadt den Verkehr völlig lahmgelegt. Vor dem Verwaltungsgebäude präsentierten sie eine Stoffpuppe mit der Aufschrift „Dr. Harders". Immer wieder riefen die Arbeiter „Dr. Harders — Hüttenkiller" und „Dr. Harders weg". Nach Angaben der Polizei hatten einige Arbeiter sogar versucht, die Villa des Vorstandsvorsitzenden bei Schwerte zu stürmen. Der Polizei gelang es jedoch, die Arbeiter, die in drei Autos vorgefahren waren, zu vertreiben.

Stuttgarter Zeitung 4.8.69

WAS LEHRT UNS DER STREIK BEI HOESCH

Nach den bisherigen Informationen lässt sich dazu folgendes sagen:

1. Die Unternehmer müssen bei Streiks während der Hochkonjunktur weitgehende Zugeständnisse Machen. Sie können sich Aussperrungen und Entlassungen schlecht leisten, weil die Nachfrage gross ist, und deshalb Produktionsausfälle vermieden werden müssen. Die Arbeitsmarktlage ist für die Unternehmer gespannt, deshalb können sie keine Entlassungen vornehmen.
2. Die Unternehmer können sich Lohnerhöhungen leisten, weil die Profite ungeheuer gestiegen sind. Sie tun dies aber nicht freiwillig, sondern schütten lieber hohe Dividenden aus oder Schaffen Rücklagen. Weil sich die Unternehmer Lohnerhöhungen leisten können, erschüttern Lohnkämpfe auch nicht das kapitalistische Wirtschaftssystem, sie sind aber deshalb nicht sinnlos. Denn Lohnkämpfe verbessern zumindest kurzfristig die materielle Situation der Arbeiter. Es wäre allerdings eine Illusion zu glauben, dass durch Lohnkämpfe grundsätzlich die Situation der Arbeiter verändert werden kann. Ihre Ergebnisse werden meist durch Preissteigerungen wieder aufgehoben. Lohnkämpfe haben aber gegenüber den Geheimverhandlungen der Gewerkschaften den Vorteil, dass sie materiell mehr erreichen und dass die Solidarität der Arbeiter für weitere Kämpfe gestärkt wird.
3. Auch kleinere Gruppen von Arbeitern können einen Streik beginnen, wenn sie ihre Forderungen den Kollegen einsichtig machen können. Bei Hösch streikten zunächst 3ooo. 20 000 schlossen sich solidarisch dem Streik an. Auch die Angestellten verhielten sich solidarisch und durchbrachen damit die von der Unternehmerherrschaft gewollte Teilung der Lohnabhängigen in Arbeiter und Angestellte. DIE SOLIDARITÄT IST EIN ERFOLG DES STREIKS, DER HÖHER NOCH EINZUSCHÄTZEN IST, ALS DIE DURCHSETZUNG VON LOHNFORDERUNGEN. DIE SOLIDARITÄT DER LOHNABHÄNGIGEN HABEN DIE UNTERNEHMER MEHR ZU FÜRCHTEN ALS LOHNERHÖHUNGEN.

Die Redaktion der Roten Kommentare trifft sich jeden Mittwoch um 18 Uhr im AStA Grabengasse 14.
Die Sitzung ist öffentlich. Briefe an die Redaktion der Roten Kommentare 69 HD Grabengasse 14